

Mörfelden-Walldorf

27.01.2017

"Riskantes Spiel der CDU"



Die Koalition von SPD, Freien Wähler und FDP in der Stadtverordnetenversammlung war dafür, die Gewerbesteuereinnahmen für dieses Jahr im Haushalt zu hoch anzusetzen. Foto zeigt das Gewerbegebiet Mörfelden Walldorf. Archivfoto: André Hirtz

Von Detlef Volk

HAUSHALT Dreier-Koalition kritisiert Forderung nach zu hoher Ansetzung der Gewerbesteuer / Gefahr der Ablehnung des Etats

MÖRFELDEN-WALLDORF - (dev).

Als ein "riskantes Spiel der CDU" bezeichnet die Koalition von SPD, Freien Wähler und FDP in der Stadtverordnetenversammlung in einer Pressemitteilung den Vorschlag der Union, die

Gewerbesteuereinnahmen für dieses Jahr im Haushalt mit 17,8 Millionen anstatt der veranschlagten 16,2 Millionen Euro anzusetzen. "Die Koalition hält dies für unrealistisch und höchst riskant", schreiben Alexander Best (SPD), Burkhard Ziegler (FW) und Carsten Röcken (FDP).

Am Gewerbesteuer-Mittelwert orientieren

Es sei richtig, dass die Gewerbesteuereinnahmen im Jahr 2016 aufgrund von Einmaleffekten deutlich höher lagen. Der Mittelwert der Jahre 2011 bis 2015 betrage jedoch nur rund 15,9 Millionen Euro. Der Konsolidierungsvertrag zwischen der Stadt und dem Land schreibe vor, dass "Prognosen vorsichtig zu treffen" seien. "Alle vorhersehbaren Risiken sind zu berücksichtigen. Erträge sind nur in der Höhe anzusetzen, wie sie mit hoher Wahrscheinlichkeit realisiert werden können", zitiert die Koalition aus dem Vertrag.

Nachdem die Haushaltsansätze bei der Gewerbesteuer in 2013 und 2014 in der Nachbetrachtung deutlich zu hoch angesetzt waren und das Regierungspräsidium dies bereits in der Vergangenheit kritisiert hat, wird das Regierungspräsidium dies kein drittes Mal zulassen und den Haushalt so nicht genehmigen. "Die Rechnung der CDU ist unseriös und nach den Richtlinien des Schutzschirmvertrages von den Aufsichtsbehörden objektiv nicht genehmigungsfähig", führt Best aus. Für die Koalition sei die Einhaltung der Konsolidierungsziele wichtigstes Ziel. Insbesondere auch für den Fall, dass mögliche Risiken in den Jahren 2017/18 eintreten. Dies können zum Beispiel geringere Steuereinnahmen aus Gewerbe-, Einkommens- oder Umsatzsteuer oder eine weitere Steigerung der Kreis- und/oder der Schulumlage sein.

"Die CDU setzt bei ihrer Rechnung ausschließlich auf das Prinzip Hoffnung. Dies hat auch dazu beigetragen, dass die Finanzen der Stadt in diese dramatische Lage gekommen sind, die uns nun zu den jetzt eingeleiteten Maßnahmen zwingen", erklärt Ziegler. "Für Mörfelden-Walldorf ist es wichtig, dass wir mit einer verlässlichen Politik 2018 den Schutzschirm sicher verlassen und weiterhin sowohl Spar-, wie Konsolidierungsfortschritte machen", Röcken an.

Das Thema Schuldenabbau werde die Stadt auch noch die nächsten Jahrzehnte beschäftigen. Es gelte, die verbleibenden Kassenkredite in Höhe von fast 50 Millionen Euro zu tilgen. Dazu seien jährlich Haushaltsüberschüsse in der Größenordnung von mehr als einer Million Euro notwendig.

Die Koalition habe sich darauf verständigt, weitere Spar- und Optimierungsmöglichkeiten innerhalb der Verwaltung zu identifizieren und umzusetzen, heißt es weiter. Ganz klares Ziel sei es, mit dem erfolgreichen Verlassen des Schutzschirmes die Grundsteuer B so schnell wie möglich wieder zu reduzieren. "Eine Rückführung auf die Werte vor Eintritt in den Schutzschirm ist durch die von der Landesregierung mit dem Schutzschirm erzwungene Umstrukturierung der Finanzierung der Kommunen realistisch nicht mehr möglich", bedauern die drei Koalitionssprecher.